

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

BERLINER EXTRA DIENST

24. Februar 1968 - 16/11
Einzelpreis DM 0.75

ZAHLENMANIPULATION: BESTENFALLS 50 000 VOR DEM RATHAUS

Die offiziellen Angaben über die Teilnehmerzahl der Anti-Studenten-Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus wurden manipuliert. Sie wurde am Mittwochabend mit 150 000 angegeben. Über das Zustandekommen dieser Zahl rätseln Angestellte des Katasteramtes Schöneberg und zahlreiche mit polizeilicher Rechnerei vertraute Beamte. Nach Angaben des Katasteramtes ist der eigentliche John-F.-Kennedy-Platz unmittelbar vor dem Rathaus ohne die angrenzenden und ihn begrenzenden Straßen 4800 Quadratmeter groß. "Großzügig gerechnet" ließe sich diese Zahl verdoppeln, wenn man Straßen und Bürgersteige hinzuzählt, also von Häuserfront zu Häuserfront rechnet. Mithin liegen zwischen der Vortreppe des Rathauses und der Häuserfront der Martin-Luther-Straße und zwischen dem Rasen des Volksparks Schöneberg und der Häuserfront Badensche Straße knapp 10 000 Quadratmeter. Diese Maße sind identisch mit den Angaben des Kommandos der Schutzpolizei, die wir auf Anfrage erfuhr: Der Platz sei 50 Meter tief und 200 Meter lang, also 10 000 Quadratmeter groß. Bei Demonstrationen wird generell - auch dies sind offizielle Angaben der Polizeiführung - bei vollbesetztem Platz mit 100 000 Menschen gerechnet. Die höchste Dichte pro Quadratmeter - und die wurde am Mittwoch nicht einmal erreicht, wie sich aus Fotos in "Bild" und "BZ" ergibt - beträgt vier Menschen. Eine einfache Rechnung also, daß selbst bei undurchlässigem Gedränge auf der Gesamtfläche 40 000 Menschen als Höchstzahl auf den John-F.-Kennedy-Platz passen. Dann aber müßte auch der etwa fünf Meter tief freigehaltene Raum vor dem Rathaus und der Rednertribüne sowie die weit auf den Platz reichenden abgesperrten Gänge besetzt sein. Vonden Nebenstraßen war nur die Martin-Luther-Straße etwa fünfzig Meter weit besetzt; Belziger Straße, Badensche Straße, Dominicusstraße waren nahezu frei von Demonstranten, sofern nicht Verfolgungsjagden diese Straßen hinunter stattfanden. Die Menge in den auf den Platz führenden Straßen rechnet die Polizei offiziell noch einmal mit 50 000, um auf die "gewünschte Endsumme" von 150 000 zu kommen. Inoffiziell aber rechnete man auch bei der Polizei mit höchstens 10 000 Menschen in den Seitenstraßen.

Selbst wenn man die unwahrscheinliche Zahl von vier Personen pro Quadratmeter auf dem gänzlich ausgefüllten Platz als Grundlage akzeptiert, brauchte man, um auf die Zahl 150 000 zu kommen, fast vier John-F.-Kennedy-Plätze. Acht solcher Plätze gar braucht man, wenn man die ansonsten von der Polizei angenommene und realistische Dichte von zwei Menschen pro Quadratmeter der Berechnung zugrunde legt. Die Zahl ist also schlicht erfunden und kritiklos von dem größten Teil der Presse, dem Fernsehen und Rundfunk übernommen worden.

Im übrigen verzeichnete man bei der Polizei eine wahre Eskalation der Meldungen über die Teilnehmerzahl. Lag die erste offizielle Schätzung des Kommandos der Schutzpolizei noch bei 60 000, also noch relativ realistisch, war man kurze Zeit später bei 80 000. Darauf entschied man sich in der Polizeiführung für 100 000, und erst nach einer erneuten Besprechung kam der letzte Zuschlag: 150 000. In Springer-Blättern wurden daraus noch "über 150 000", (siehe Report Seite 8).

WESTBERLIN: GI BEI "DEMONSTRATIONSÜBUNG" ERSCHOSSEN?

Ein schwerer Zwischenfall soll sich, gewöhnlich gut unterrichteter Quelle nach, Mitte der vergangenen Woche bei der amerikanischen Besatzungsmacht ereignet haben: Anlässlich einer Übung, bei der eine Gruppe amerikanischer Soldaten gegen eine andere, die "Westberliner Demonstranten" darzustellen hatten, vorging, löste sich versehentlich ein Schuß und verletzte einen US-Soldaten tödlich. Dies berichten amerikanische Soldaten. Der Vorgang sei aber, um "Unruhe" zu vermeiden, als "Unfall mit tödlichem Ausgang" bezeichnet und nach Washington gemeldet worden.

SPD-FRAKTION: ALBERTZ CONTRA SCHÜTZ UND NEUBAUER

Zu Auseinandersetzungen ist es in der letzten SPD-Fraktionssitzung des Abgeordnetenhauses gekommen. Ausgelöst wurden sie durch ein Bekenntnis des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz. Dieser habe, so berichten es Zeugen, ironisch an seiner Pfeife ziehend geäußert, daß er es gewesen sei, der Bischof Scharf um eine Intervention bei Schütz gebeten habe.

Bei dieser Mitteilung habe in der SPD-Fraktion, so wird berichtet, ein erhebliches Murren eingesetzt. Albertz habe sich davon aber nicht beeindrucken lassen, sondern seine Motive genannt: Was die USA jetzt in Vietnam betrieben, sei eindeutig "Völkermord". Deshalb könne er es nicht länger mit seinem Gewissen vereinbaren, daß seine Partei dazu schweige und den Protest der Jugend zu beschränken versuche. Bei der für Mittwoch angesetzten Gegendemonstration des Senats dürfe auf keinen Fall an einer inhaltlichen Kritik am US-Verhalten in Vietnam vorbeigegangen werden. Er beschwöre die Redner der SPD auf dieser Kundgebung, diese Pflicht zu übernehmen. Daraufhin sei Albertz durch laute Zwischenrufe der rechtsgerichteten Fraktionsmehrheit unterbrochen worden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung habe sich Schütz für ein neues Versammlungsgesetz in Westberlin ausgesprochen, um unerwünschte politische Demonstrationen verbieten zu können. Der Abgeordnete Vortisch habe Schütz jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es aus Verfassungsgründen nicht möglich sei, ein solches Gesetz zu schaffen. Vortisch habe nach dieser Feststellung wütenden Protest der rechten Mehrheit geerntet. Zum gleichen Thema habe der Abgeordnete Dr. Haus ausgeführt, daß man nicht unter die Mindestgarantien des Bundes-Versammlungsgesetzes gehen könne, ohne ernsthafte Verfassungsprobleme heraufzubeschwören.

Senator Neubauer habe zu dem Urteil des Verwaltungsgerichts, das die Vietnam-Demonstration dann doch erlaubte, gemeint, es sei "völlig unpolitisch", was den Juristen und ehemaligen Innensenator Wolfgang Büsch zu dem Zwischenruf veranlaßt habe, was ein Gerichtsurteil denn sonst sein solle. Schließlich sei das Thema in allgemeiner Ratlosigkeit untergegangen. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß es bereits jetzt zu ernsthaften Differenzen zwischen dem neuernannten Polizeipräsidenten Moch und Neubauer gekommen sein soll. Moch habe sich gegenüber Neubauer strikt geweigert, die erzwungene Vietnam-Demonstration zu provozieren und anschließend wegen "Verletzung der Auflagen" zusammenschlagen zu lassen. Neubauer habe erst nachgegeben, als Moch seinen Rücktritt anbot.

Vor der Fraktion habe Neubauer im übrigen folgende "Theorie" zu Bekämpfung der Auserparlamentarischen Opposition verkündet: Es handele sich um 15 000 Leute, unter denen aber nur etwa 1000 politisch bewußte Akteure seien. Nur 200 von diesen seien als "Aktivisten" einzuordnen. Man müsse nun den Mut zur Unpopularität besitzen und den 1000 Akteuren notfalls "blutige Köpfe" verpassen. Nur dies werde noch zur "Differenzierung" und schließlich zum Abfall der übrigen 14 000 Mitläufer führen.

CLUB CA IRA: SENAT KÜNDIGT FRISTLOS DIE RÄUME

Das Bezirksamt Wilmersdorf hat dem oppositionellen Jugendclub Ca ira die Räume fristlos gekündigt. Grund: Der Club habe sich an "nicht genehmigten Protestveranstaltungen beteiligt". Der Kündigung vorangegangen war eine unbegründete Sperrung der Ca-ira-Räume für die Zeit vom 12. bis 18. 2. - also für die Zeit des Vietnamkongresses in Westberlin.

BVG-SCHAFFNER: STUDENT AUS DEM BUS GESTOSSEN

Am Donnerstag, 22. 2., gegen 13.15 Uhr wurde im Bus A 48 der Westberliner BVG an der Ecke Potsdamer Straße - Teltower Damm ein Student von einem dienstfreien Schaffner ins Gesäß getreten und aus dem Wagen gestoßen. Der studentische Fahrgast trug eine Vietnam-Plakette. Er wurde vom diensttuenden Schaffner, einem dienstfreien Schaffner und Fahrgästen beschimpft. Der diensttuende Schaffner verweigerte mit der Bezeichnung "Kommunistensau" die Herausgabe seiner Dienstnummer.

TAXIFAHNER: JAGD AUF DUTSCHKE

In der Nacht zum 18. Februar gegen 2 Uhr wurde ein Privatwagen, in dem Rudi Dutschke mit zwei Freunden saß, auf dem Kurfürstendamm in Höhe der Uhlandstraße von 10 bis 12 Taxen eingekreist. Die Taxen fuhren auch bei Grün nicht weiter. Als einzelne Fahrer aus ihren Wagen ausstiegen und auf den Dutschke-Wagen zugen, fuhr der Fahrer des Privatwagens im Rückwärtsgang einige hundert Meter den Kurfürstendamm entlang und brachte Rudi Dutschke aus der Gefahrenzone. - Ein Mitglied des Republikanischen Clubs, das zur gleichen Zeit in einem Taxi saß, hörte im Funkverkehr der Taxen eine Unterhaltung über den Vorfall. Einer der Taxifahrer von der Uhlandstraße teilte seinen Kollegen bedauernd mit: "Wir haben Dutschke jetzt verloren."

FDP BEKLAGT SICH: POLITISCHE ZENSUR BEI SPRINGER

Über politische Zensur im Hause Springer beklagt sich die FDP. Nachdem im Februar die "Welt am Sonntag" eine Zuschrift des FDP-Bundestagsabgeordneten Fritz - Rudolf Schultz nicht abgedruckt hatte, obgleich sie dem Politiker zunächst freie Themenwahl für eine Zuschrift angeboten hatte, zensierte dieselbe Zeitung jetzt ein Interview mit Westberlins Justizsenator Hans-Günter Hoppe. Sie strich eine Passage, in der Hoppe die Unruhe unter der Jugend auf die Große Koalition und "die Bonner Berufsbremser der Ostpolitik" zurückführte. Begründung der Redaktion: Diese Passage sei "zu polemisch". Hoppe hatte vorher den Abdruck dieses Absatzes ausdrücklich verlangt. Wie die FDP-Zeitung "Das Berliner Wort" mitteilt, hat sich Springer inzwischen für die Streichung entschuldigt.

REDAKTION "BZ": UNRUHE ÜBER GEHEIME VERLAGSKONFERENZ

In der Redaktion der "BZ" droht wieder einmal ein offener Aufstand einiger Mitarbeiter und Redakteure. Die interne Unruhe, die zu Auseinandersetzungen auf den täglichen Konferenzen führte, ist hauptsächlich durch die gesteuerte Anti-Studenten-Hetze der "BZ" hervorgerufen worden. Der "harte Kurs" ist mit der Verlagsleitung abgesprochen. Am Sonntag fand unmittelbar nach Abschluß der Vietnam-Kundgebung eine Geheim-Konferenz zwischen den Verlagsdirektoren Tamm - verantwortlich für die gesamten Springer-Objekte in Westberlin - und Erdmann - verantwortlich für die "BZ" - sowie Chefredakteur Kogge, "Inspektor" Sikorski und Lokalchef Caro statt. Andere Redakteure hatten keinen Zutritt. Auf dieser Besprechung wurde ein noch härteres Vorgehen gegen die Außerparlamentarische Opposition festgelegt. Auf diese Weise kamen die manipulierten Berichte über "Gegendemonstrationen" am Sonntag und über die "Freiheitskundgebung" zustande. Kritik anderer Redakteure an dieser Berichterstattung wurde von Kogge und Sikorski mit den Worten abgewehrt, man habe sich nicht mehr um das zu kümmern, was schon im Blatt stehe. Wahrscheinlich werden einige "BZ"-Mitarbeiter und Redakteure deshalb kündigen. Im vergangenen Jahr hatten schon die Redakteure Borowski, Bergdoll und Weiss das Blatt verlassen, weil sie die systematische Pogromhetze dieses Springer-Blattes nicht länger mitverantworten wollten.

MEINUNGSBEFRAGUNG: SENAT ZUR VERÖFFENTLICHUNG GEZWUNGEN

Einen Tag, nachdem EXTRA-Dienst (am 21. Februar) die Existenz einer Senatsumfrage aus dem Dezember enthüllt hatte, die das Bestehen einer anti-studentischen Mehrheit in der Westberliner Bevölkerung verneint, war der Senat gezwungen, seine Zahlen auf den

Tischzulegen. Die Westberliner Zeitungen berichteten am Freitag darüber. Wie EXTRA-Dienst berichtet hatte, steht einer "harten Minderheit" von 35 Prozent gegen die Studenten eine sympathisierende Minderheit für die Studenten von 22 Prozent gegenüber. 43 Prozent der Bevölkerung sind "im großen und ganzen" mit dem studentischen Verhalten nicht einverstanden oder machen keine Angabe, sind also indifferent. Zwischen Juni und Dezember 1967 stieg das Verständnis für die Studenten von 10 Prozent auf 21 Prozent an; diejenigen, die den studentischen Protest "in jedem Fall verurteilen", nahmen in der gleichen Zeit von 47 auf 35 Prozent ab. Die Zahl der Befürworter studentischer Mitbestimmung in Hochschulfragen stieg zwischen Juni und Dezember 1967 von 68 auf 84 Prozent. Die Umfrageergebnisse und die klägliche Teilnehmerzahl an der Senatskundgebung vom Mittwoch machen deutlich: Diejenigen, die "mit Härte" gegen die Opposition vorgehen wollen, sind eine extremistische Minderheit; sie haben lediglich durch ihre Machtpositionen in Staat und Presse die Möglichkeit zur ungehinderten Manipulation.

SPD-RECHTSANWALT: URABSTIMMUNG GEGEN RISTOCK RECHTSWIDRIG

Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Eberhard Sommer, früher Assistent in der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn, stellt in einer Erklärung fest, die in Charlottenburg begonnene Urabstimmung für einen Ausschluß der an der Vietnam-Demonstration beteiligten SPD-Mitglieder sei rechtswidrig. Die geforderten Maßregelungen gegen Mitglieder und Mandatsträger der SPD sei eine Haltung, die der "Praxis der totalitären Systemnahekommt". Sommer fährt fort: "In der SPD wird eine Urabstimmung, die nach dem Statut nur über 'Fragender Politik und der Organisation der Partei' vorgesehen (und allein für diesen Zweck rechtlich zulässig) ist, für den kollektiven Ausschluß von partei-internen Gegnern statutenwidrig durchgeführt. Genauso wie nach der Verfassung die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht gebunden ist, hat auch die innere Ordnung der Partei demokratischen Grundsätzen zu entsprechen. Der Landesvorstand der Berliner SPD ist also verpflichtet, den offensichtlichen Mißbrauch der Urabstimmung zu verhindern, will er sich nicht weiteren gerichtlichen Maßnahmen gegenübersehen.

In dem Maße, in dem unser Rechtsstaat noch funktioniert, werden alle Beteiligten - angefangen vom Regierenden Bürgermeister bis zu den verantwortlichen Funktionären in der SPD - für diese fundamentalen Verstöße die Konsequenzen zu tragen haben. Für eine weitere Entwicklung, die durch die bereits geforderte Lynchjustiz auf der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg zu einer unmittelbaren Gefährdung von Menschenleben führen muß, wird insbesondere der Senat sich direkt verantworten müssen."

WESTBERLINER SPD-VORSTAND: JUNGSOZIALISTEN-VERSAMMLUNG VERBOTEN

Am Mittwoch hat der SPD-Landesvorstand eine Jungsozialistenversammlung verboten, die für Sonnabend, 24. Februar, 17 Uhr, in den Bürgersaal des Rathauses Charlottenburg einberufen worden war. Zu der Veranstaltung hatten Jungsozialisten aus den Kreisen Steglitz, Reinickendorf, Kreuzberg, Charlottenburg, Zehlendorf und Schöneberg eingeladen. Die Veranstaltung sollte sich mit einer für spätestens 15. Februar angesetzten Landesfunktionärskonferenz beschäftigen, die vom Landesvorstand der SPD nicht einberufen worden war, um Diskussionen über den Parteikurs aus dem Wege zu gehen. Der Landesvorstand befürchtet, daß sich am Sonnabend innerhalb der Jungsozialisten ebenso eine linke Fraktion bildet wie innerhalb der SPD selbst. Die Veranstaltung am Sonnabend wird aber trotz des SPD-Verbots stattfinden: Veranstalter ist jetzt jedoch der SHB, nicht die Jungsozialisten-Organisation.

Mit großer Mehrheit begrüßten die Schöneberger Jungsozialisten die Teilnahme von SPD-Mitgliedern an der Vietnam-Demonstration des vergangenen Wochenendes. Sie erklären, daß sie für den Fall der Einleitung von Parteiverfahren gegen SPD-Mitglieder zu "partei-internen und -externen Aktionen" aufrufen werden. Schon zuvor hatten die Jungsozialisten Steglitz einstimmig das Verbot der Vietnamdemonstration durch den Senat verurteilt.

STUDENTENVERTRETUNGEN: SCHLAPPEN DES SENATS

Die AStAs der FU, PH und Kirchlichen Hochschule sowie die Studentenvertretung der TU haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der es u. a. heißt: "In den letzten

Wochen hat der Berliner Senat eine Schlappe nach der anderen erlitten: Am 19. Dezember 1967 war der Regierende Bürgermeister Schütz nicht in der Lage, die Fragen der Studenten anders als mit Phrasen zu beantworten; von seinem Werbefeldzug im Ausland für Investitionen in Berlin kam er mit leeren Händen zurück; die KU-Vollversammlung wurde verboten, Springer-Hearing, Vietnamkonferenz und Vietnamdemonstration wollte er verbieten; alle Veranstaltungen fanden statt. Alle diese Schlappen stehen in enger Beziehung zueinander. Die Versuche, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, sind gescheitert, die Bittgänge um Investitionen hatten keinen Erfolg; die Frontstadtfunktion Berlins kann nicht weiter aufrechterhalten werden. Eine Alternative hat der Senat nicht anzubieten. Um die Bevölkerung von den Ursachen des Scheiterns abzulenken, bauen Senat und Springerpresse in langfristiger Strategie einen Sündenbock auf: Die berechtigten Aktionen der außerparlamentarischen Opposition werden als Terror denunziert; weil es dem Senat nicht gelingt, dies zu beweisen, versucht er durch systematische Eskalation den Terror zu produzieren."

Die Studentenvertretung der Staatlichen Hochschule für Musik und darstellende Kunst erklärte u. a.: "Für die Dauer der Senats-Demonstration werden die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes beurlaubt. Der nächste Schritt könnte eine Zwangsanzwesenheit bei entsprechenden Demonstrationen sein. Sollte es dazu kommen, wäre es ziemlich gleichgültig, auf welcher Seite der Mauer wir leben. Damit im Interesse der Kommilitonen Unterrichts- und Übungsbetrieb aufrecht erhalten werden können, übernahm der AStA trotz anfänglichen Widerstandes der Verwaltung spontan den Pförtnerdienst." Dies ist die erste Stellungnahme des AStA dieser Hochschule zur Auseinandersetzung in Westberlin.

ISRAELISCHE FLUGGESELLSCHAFT: MIT NPD FÜR BERLIN

Rechtsradikale werben für Westberlin: "Zu Gast in Berlin", die gemeinsame Berlin-Informationsbroschüre verschiedener Touristik-Unternehmen und Verbände, wird von einem Mitglied des NPD-Landesvorstandes gedruckt und von einem "rechts"-kundigen Redakteur redigiert. Drucker und Anzeigenleiter Hans Görlitz, Inhaber der Druckerei Gustav Pengel in Berlin 36, war bereits 1958 Kandidat für die Deutsche Partei in Wedding; 1967 stieß er in den NPD-Landesvorstand vor. Redakteur Hans Grotehenn redigierte früher den rechtsradikalen Anzeiger "Die Anklage", der in Bad Wörishofen erschien. "Zu Gast in Berlin" ist laut Impressum die offizielle Berlin-Zeitschrift des ADAC und Bordzeitschrift der Fluggesellschaften Air France, BEA, Pan Am und - als Pointe - der israelischen El Al. Sie wird vertrieben u. a. durch die Flugbüros, die ADAC-Straßenwacht, Berliner Hotels und den Taxifunk Berlin. Bis 1967 wurden bei Pengel-Görlitz auch die Mitteilungsblätter für zwei SPD-Bezirke gedruckt; auf Drängen einiger Mitglieder wurde dieser Druckauftrag letztes Jahr zurückgezogen.

RC DÜSSELDORF: GRÜNDUNG AM 1. MÄRZ

Der Republikanische Club Düsseldorf, über dessen Gründungsabsichten EXTRA-Dienst berichtete, hat für den 1. März, 20 Uhr, in die Gaststätte Posthorn (Worringerplatz) zur Gründungsversammlung eingeladen. Der Name: Republikanisches Centrum. Aufgabe des Centrums soll es sein, "die politisch und kulturell aufgeschlossenen Kräfte in unserer Stadt und ihrer Umgebung zusammenzuführen, die beunruhigt über die politische Entwicklung der Bundesrepublik, besorgt um die Erhaltung der Informationsfreiheit, der Demokratie und des Rechtes auf Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit nach Auswegen suchen." Die Satzung sieht vor, daß bei Vereinsauflösung das Vermögen der Arbeiterwohlfahrt zufällt.

NÜRNBERG: REPUBLIKANISCHER CLUB IN VORBEREITUNG

Der Nürnberger "Republikanische Club der Jungen Außerparlamentarischen Opposition" hat sein vorläufiges Büro in der Nürnberger Wielandstraße 30 aufgeschlagen. Der Club führte am Freitag dieser Woche eine Demonstration für die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre durch - die erste Aktion, mit der er in die Öffentlichkeit trat.

NICHT WIE FREIWILD BEHANDELN LASSEN / STOPPT DIE FASCHISTEN

Taxifahrer jagen in Rudeln ein Auto, in dem sie Rudi Dutschke gesehen haben. Ein junger schwarzhäariger Mann wird durch die Straße gehetzt und eine hundertköpfige Masse schreit "Schlagt ihn tot, das ist Dutschke". Bei einer bestellten Senatskundgebung werden eindeutig faschistische Parolen (das Wort "verfassungswidrig" ist hier wirklich zu schwach) gegen einzelne Vertreter der Linken gezeigt. Weder die Polizei, noch die bezahlten Senatsredner nehmen daran Anstoß, sondern betonen: Das ist das wahre Berlin! Herzlichen Dank für diese - wenn auch falsche - Feststellung. In diesen Tagen ist es nun lebensgefährlich geworden, auf den Westberliner Straßen Flugblätter zu verteilen, linke Abzeichen zu tragen oder auch nur eine abweichende Meinung zu äußern (was jener Rechtsanwalt aus dem "Demokratischen Klub", der am Sonnabend trotz seiner massiven Provokation auf Dutschkes "Terrorkongreß" sogar Redezeit erhielt, am eigenen Leibe erfahren mußte). Herrn Neubauers Polizisten schauen in der Regel weg, wenn sie solchen Akten unverhüllten faschistischen Terrors auf unseren Straßen begegnen. Halten wir fest: Auf Westberlins Straßen ist durch die konzertierte Hetze von Springer, Schütz, Amrehn und Sickert eingesezelter, verfassungsfeindlicher Zustand eingetreten. Andersdenkende Bürger dieser Stadt werden - wie Neger in gewissen US-Staaten - physisch gefährdet und als vogelfrei behandelt. Dutschke muß stündlich mit offener Lynchjustiz durch diese obrigkeitlich angefeuerten und gedeckten Faschisten rechnen.

Es bedürfte keines Widerstandsartikels in der Verfassung, um zu wissen, daß hier jeder das selbstverständliche Recht auf Notwehr mit allen Mitteln hat. Bald jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem in dieser Stadt, von ebensolchem faschistischen Mob, unter ebensolchen Leuten wie Neubauer und Schütz, die beiden hervorragenden Sozialisten und Humanisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden. Ihr Mörder lebt, zeitlebens unbestraft, von einer Staatspension in der Bundesrepublik. Damals klebten diese Vertreter des "Rechts"-Staates Plakate an die Wände mit der Aufschrift: "Schlagt ihre Führer tot". Die Parallelen sind unglaublich direkt.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir nüchtern, aber dennoch, wenn das Wort erlaubt ist, feierlich erklären müssen: 50 Jahre nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, 35 Jahre nach Beginn des nazistischen Mordterrors, dem zehntausende der bestendeutschen Sozialisten zum Opfer fielen, werden wir hier in Westberlin rechtzeitig alle erforderlichen Maßnahmen gegen eine Reaktivierung des faschistischen Banditentums treffen. Wir machen unseren Vätern den Vorwurf, daß sie im Januar 1933 nicht zu den Waffen gegriffen und den Naziterror im Ansatz erstickt haben. Wir dürfen den verhängnisvollen Fehler der Linken von 1933 nicht wiederholen. Wir müssen wachsam sein und entschlossen.

Die Vertreter der einzelnen Verbände der Außerparlamentarischen Opposition sollten jetzt erörtern, ob sie eine Republikanische Miliz zu organisieren beginnen, die als wirkungsvolles Instrument verfassungskonformer, demokratischer Gegengewalt den physischen Schutz ihrer Anhänger übernimmt und gewährleistet, daß Verfassungsrechte auf den Straßen Westberlins ausgeübt werden können.

Halten wir in Erinnerung: Bis jetzt wurde noch nie jemand von linken Demonstranten in dieser Stadt durch die Straßen gehetzt und verprügelt, weil er eine andere Meinung geäußert hat. Dabei wird es bleiben. Dennoch nennt man die Linken die Terroristen. Und die faschistischen Terroristen nennt man "Demokraten" oder "empörte Berliner". Sie sind es, die allein im letzten Jahr viele unserer Freunde unter den Augen der Polizei verprügelten und ihnen zum Teil schwere Verletzungen beibrachten. Dabei wird es nun nicht mehr bleiben dürfen. Wir müssen die Notwehr organisieren. Das Maß der Notwehr wird der Faschismus dieser Stadt bestimmen. Hoffentlich gibt es im Establishment Westberlins noch ein paar Nüchterne, die alle Konsequenzen zu überschauen vermögen.

MARSCHBEFEHLE

"Alle Kraftfahrer werden gebeten, mit ihren Autos zu den Einsatz- oder Durchfahrtsstellen der Sonderlinien zu fahren und dann von dort aus die Sonderlinien zu benutzen, die nach Schluß der Kundgebung zu den Ausgangsplätzen zurückkehren." ("Die Welt", 21.2.)

"Mitglieder der DAG, die nicht geschlossen mit ihrem Betrieb zum Rathaus Schöneberg gehen, versammeln sich zur Teilnahme an der Kundgebung um 15.30 Uhr an der KaDeWe-Passage." ("Telegraf", 21.2.)

"Wie von der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände zu hören war, hat sie ihre Verbände und die Unternehmensleitungen schriftlich aufgefordert, Kundgebungsteilnehmer zu beurlauben." (Berliner Nachrichtendienst des DGB, 20.2.)

ARME FRAU SAUBERMANN

"Die Berliner Stadtreinigung bittet um Verständnis dafür, daß alle 3500 Belegschaftsmitglieder aufgefordert worden seien, an der Kundgebung teilzunehmen. Da die Kundgebung über den Dienstschluß hinausgehe, sei ihnen eine 'Überstundenbezahlung für Mehrarbeit' zugesichert worden. Ähnliche Regelungen gibt es auch in anderen Betrieben." ("nachtdepesche", 21.2.)

"Wegen der Kundgebung ist das Stadtbad Zehlendorf nur von sieben bis zehn Uhr geöffnet." ("Bild", 21.2.)

PRÜGEL GERECHTFERTIGT

"Der Berliner Korrespondent der 'Zeit', Kai Hermann - nach eigenen Angaben beim Versuch, einen Streit zu schlichten - durch Tritte und Fausthiebe verletzt, hatte bereits während des Demonstrationsmarsches am Kurfürstendamm ironische Äußerungen gegen die Demonstranten vorgebracht. An dem Kundgebungsort war es nicht anders." ("Die Welt", 22.2.)

"Umrahmt wird die Kundgebung durch das Musikkorps der Schutzpolizei." ("Spandauer Volksblatt", 21.2.)

REPUBLIKANISCHER CLUB: SENAT FÜR AUSSCHREITUNGEN VERANTWORTLICH

Der Vorstand des Republikanischen Clubs gab nach der Senats-Kundgebung am Mittwochabend eine Erklärung ab, die folgenden Wortlaut hat:

"Drei Tage nach der weltweit beachteten Demonstration von 20 000 Studenten und jungen Arbeitern gegen die amerikanische Aggression in Vietnam unternahm der Senat von Westberlin den Versuch, die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung für seine Politik öffentlich nachzuweisen. Die Tatsache, daß selbst nach Meldung der amerikanischen Agentur AP nur 80 000 Teilnehmer vor das Rathaus gebracht werden konnten, stellt, gemessen an dieser Absicht, eine eindeutige Blamage der Senatspolitik dar. Alle eingesetzten Mittel des Macht- und Manipulationsapparates - Arbeitsbefreiung von hunderttausenden Arbeitnehmern, Überstundenzuschläge, geschlossene 'Gefolgschaftsmärsche' nach Nazivorbild und ein tagelanges Propaganda-Trommelfeuer von Presse und Rundfunk - konnten diese Blamage nicht verhindern. Angesichts der Konzeptionslosigkeit des Senats, wie sie während der Kundgebung erneut zutage trat, war es folgerichtig, daß die Veranstaltung von einer Pogromstimmung beherrscht wurde, die die faschistischen Tendenzen in Westberlin verstärkt. Die Außerparlamentarische Opposition macht den Senat voll für alle weiteren Ausschreitungen seiner rechtsextremen Anhänger verantwortlich."

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNABEND, 24.2., 20 Uhr: Ray Robinson jr. aus dem Ghetto von Washington, der anläßlich der Vietnamkonferenz nach Westberlin kam, berichtet über die Situation der Ne-

ger in amerikanischen Großstädten. Er wird auch Tonbänder mit Reden von Malcolm X in englischer Sprache mitbringen.

DONNERSTAG, 29. 2., 20 Uhr: Der Zürcher Verleger und Journalist Theo Pinkus, früherer Mitarbeiter des Münzenberg-Konzerns, spricht über Willi Münzenberg und die linke Publizistik der Weimarer Republik.

FREITAG, 1. März, 20 Uhr: In der Reihe der "Clubdiskussion am Freitag" wird Prof. Wilfried Gottschalch sein im Januar auf der Aktionskonferenz der Kampagne für Demokratie und Abrüstung vorgetragenes Referat "Die Krise der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland" zur Diskussion stellen.

BONMOT DER WOCHE

"Nach einem Aufruf der Senatsdruckerei in der Kochstraße versammelten sich die randalierenden Rentner e. V. auf dem Platz der Schweinebucht zum Aufwärmen des Kalten Krieges und zu einem anschließenden Prügel-in." (Kabarett-Texter E. A. Rauter)

EXTRA-REPORT

POLIZIST VOR DEM RATHAUS: "KEIN MENSCH IST SO SCHLECHT, DASS ER GLEICH TOTGESCHLAGEN WERDEN MUSS" / VON MARTIN BUCHHOLZ

Aus allen Lautsprechern wurde den Berlinern der Marsch geblasen: "Das ist der Frühling von Berlin..." Mehr Lincke gab es nicht auf dem John-F.-Kennedy-Platz. Und alles, was für links gehalten wurde, Pfeifenraucher, Barträger, Rotbeschlipste, Cordbestoste, Randlosbebrillte, schwebte auf dieser "Freiheitskundgebung" in akuter Gefahr für Leib und Leben. So lernte schon bald Dr. Matthias Müller, "Studenten-Experte" der "Berliner Morgenpost", das Fürchten: Sein akademisches Image stempelte ihn für die Umstehenden Freiheitsfreunde zum Dutschke-Fan. Nur mühsam konnte er sich der massiven Remperei um ihn herum entziehen. Und so erfuhr jener Rechtsanwalt Prelinger vom "Demokratischen Klub", der zum "BZ"-Volkshelden wurde, als er bei der Vietnam-Konferenz in der TU protestierend in die Mikrofone griff, was einem Protestierer unter Rechtsextremisten passiert: Er wurde verprügelt, als er den durch Amrehn und Sickert aufgehetzten Mob mit den Worten "So geht's doch auch nicht" vor weiteren Ausschreitungen in der Belziger Straße zurückhalten wollte. Einem SFB-Reporter wurde mitten in der Life-Reportage das Mikrofon aus der Hand geschlagen, der freie Fotograf Rainer Joedicke wurde beim Knipsen einer Prügelzene selbst zum Opfer. Die Berliner Friedensstifter - unter der Ernst-Reuter-Losung "Frieden ist nur in Freiheit möglich" war man zusammengekommen - hetzten ihn mit Tritten und Schlägen die Straße hinunter. Blutüberströmt, mit zerfetztem Mantel und demoliertes Kamera wurde er schließlich von Polizisten in "Schutzhaft" genommen. "Abendschau"-Reporter Bertram klagte: "Hier traut man sich kaum noch die Kamera hochzunehmen. Warum macht die Polizei denn nichts?"

Ebendiese Frage hatte der WDR-Fernseh-Korrespondent Stefan Reisner noch vor Beginn der Kundgebung bei Polizeioffizieren zu klären versucht. Er war von ferne Augenzeuge, als "Zeit"-Korrespondent Kai Hermann bei seinem Versuch, einem Prügel-Opfer beizustehen, vom Mob gehetzt wurde. Als Hermann schließlich mit Rufen wie "Schlagt ihn tot" in Polizei-Nähe geprügelt und getreten worden war, erklärte ein Polizei-Offizier "beschwichtigend" per Megaphon der Menge: "Kein Mensch ist so schlecht, daß er gleich totgeschlagen werden muß!" Hermann - mit geschwellenem Gesicht, aus einer Platzwunde unter dem rechten Auge blutend - versuchte vergeblich, den Megaphon-Polizisten zur Feststellung der Personalien eines der Hauptschläger zu veranlassen. Derselbe Offizier (Dienstnummer 70 354) weigerte sich anderen Journalisten gegenüber auch, wenigstens ein paar seiner Leute als beruhigendes Element in die aufgeputschten Massen zu schicken, um Prügel-Szenen im Ansatz zu verhindern. Seine ablehnende Antwort: "Ich hab doch nur ein paar Leute. Das wäre ja lebensgefährlich für die."

Stefan Reisner und der Berichterstatter versuchten an der noch unbesetzten Rednertri-

büne einen Verantwortlichen zu finden, der per Funk einige Dutzend Beamte in die "Randgebiete" der Demonstration beordern sollte. Der erste Polizei-Offizier, den sie trafen (Dienstnummer 68 464) lehnte rundweg ab. Er sei nicht zuständig und habe keinen Funk. Die Meldung weiterleiten wollte er ebenfalls nicht, selbst als ihm die Szene um Kai Hermann geschildert wurde: "Das wird schon seinen Grund gehabt haben, wenn der verprügelt wurde." Ein anderer Offizier war zugänglicher: Er wolle mal sehen, ob sich was machen ließe. Offensichtlich ließ sich nichts machen, denn während und nach der Kundgebung wurden die Prügeleien immer massiver, während die Polizei in ihren Mannschaftswagen auf einem Grundstück an der Belziger Straße - fünfzig Meter weit vom rabiaten Geschehen entfernt - in mehreren Kompaniestärken der Übertragung im Rundfunk lauschten. Das Argument eines Zwei-Karo-Beamten für diese Untätigkeit: "Wir haben Anweisung, nicht einzugreifen, weil es sich optisch nicht gut macht, wenn die Polizei hier gegen die Demonstranten vorgeht, während vorne der Schütz redet." Die Dienstnummer verweigerte dieser Beamte wohlweislich, ebenso wie jener Offizier, der die Zahl der Demonstranten vor dem Rathaus schätzte: "Na bestenfalls 60 bis 80 000". Ein Springer-Fotograf (Name ist der Redaktion bekannt) meinte säuerlich dazu: "Keine Sorge. Bei uns wird sowieso alles mit zwei malgenommen. In der Redaktionskonferenz ist das Minimum auf 120 000 festgelegt worden." Doch auch die senatsbestallten Überrechner verstanden zu multiplizieren: Ihr Minimum hieß 150 000.

Mühe hatten lediglich die Fotografen und Kameraleute, die bei ihren Aufnahmen die zumindest offen faschistischen Spruchbänder und Transparente nicht ins Bild bekommen wollten: "Teufel in den Zoo" - "Wittenau wartet auf Dutschke" - "Teufel ins Arbeitshaus" - "Bauarbeiter, seid lieb und nett, jagt Dutschke und Konsorten weg!" - "Wir Bauarbeiter wollen schaffen, kein Geld für die behaarten Affen!" - "Dutschke: Staatsfeind Nr. 1" - "Rote Horden und akademische Eierköpfe gehören nicht in unsere Stadt!" - "Herr Bürgermeister, machen Sie Schluß mit der Seuche" - "Bomb North Vietnam" - "Give 'em hell, LBJ" - "Senat, werde endlich hart!".

Ein Transparent "Bei Adolf wäre das nicht passiert" wurde schon an der Joachimstaler Straße von ÖTV-Ordnern wieder eingezogen. Ein anderes, "Politische Feinde ins KZ", durfte dagegen mitmarschieren, gelangte aber nicht auf den Rathaus-Platz.

Säubern wollen sie die Stadt! Und logischerweise ließen sie die Stadtreinigung, deren wackere Müllkutscher Ernst Lemmer vor Wochen schon als Saalschutz für die Exil-CDU angeheuert hatte, vornewegmarschieren. Sie kamen nicht mit der roten Fahne der Revolution wie zahlreiche Demonstranten am Sonntag. Die Alkoholfahnen wehten ihnen dafür meterweit voran. Als Eiserne-Besen-Feger, personifizierte Otto Schruppkes, machten sie schon beim Aufmarsch Großreine, wenn ihnen irgendein Gesicht allzu eierköpfig aussah.

"Mangab Euch heute arbeitsfrei wie seinerzeit bei Führerreden", hieß es auf Flugzetteln der Außerparlamentarischen Opposition, deren Verteiler in der Joachimstaler Straße zu Prügelknaben der öffentlichen ÖTV-Faust wurden. In einem kleineren Zehlendorfer Werk, das Magnettonköpfe herstellt, weigerten sich die älteren Arbeiter, eine bezahlte halbe Stunde früher Feierabend zu machen, um zur Demonstration zu marschieren: "Beim Führer haben wir früher immer zwei Stunden freige kriegt, 'ne halbe Stunde ist uns zu wenig." Andere hatten mehr Glück: Wenn sie geschlossen zum Rathaus Schöneberg marschieren wollten, blieben ihnen zwei Stunden Arbeit erspart. Viele arbeiteten trotzdem weiter. Einigen öffentlichen Arbeitern - auch den Stadtreinigern - wurde die Demonstration sogar als Überstunde angerechnet.

Bei solchem Mehrverdienst investierten zahlreiche Mitbürger das Telefongeld, um EXTRA-Dienst und Republikanischem Club sowie dem SDS ihre Zwei-Groschen-Parolen kundzutun: "Heute fliegt Euer roter Puff in die Luft" - Wir werden Euch die roten Pimmel abschneiden" - "Ihr Schweine werdet ausgeräuchert" undso weiter undsofort. Rechtsradikaler Orgasmus mit langer Leitung. O!Na!Nie!

An jenem Platz, an dem sich John F. Kennedy heute wahrscheinlich lieber einen Pfannkuchen als einen Berliner nennen würde, ließ sich die Reizüberflutung der neo-genen Zonen in der Volksseele besser abreagieren. Es schall der Ruf wie Donnerhall: "Dutschke raus" aus zehntausenden stimmbrüchigen oder altersheiseren Kehlen. Franz Amrehn

fächelte sich wohligh diese dissonanten Akklamationen zu, ebenso wie Walter Sickert, der ja schon im April vorigen Jahres in einem "Morgenpost"-Interview zur Lynchjustiz aufgerufen hatte. Und "das anständige Berlin", das da versammelt war, brauchte seinen Dutschke. Da das Original in Amsterdam weilte, mußte ein Dutschke-Double herhalten: Irgendeiner mit schwarzem Haar, dem SDS-Mann nicht im entferntesten ähnlich. Ein Schrei "Da ist er ja, der Dutschke" reichte aus, um die Masse zu mobilisieren. Wer diese Szenen miterlebt hat, weiß, daß es nicht einzelne wenige waren, die sich an der Jagd beteiligten. Die allgemein aufgeputschte Hysterie mußte sich irgendwie entladen. Das zufällige Opfer konnte sich zuerst noch aus dem Mob, der blindlings zuschlug und zutrat, befreien. Er kam ein paar Meter weit, an der Ecke Belziger Straße/John-F.-Kennedy-Platz in einen Tabakladen hinein. Schreie, lautes Schluchzen einer Frau "Nicht tottreten! Um Gottes Willen, ihr zertrampelt mich!", tierische Urlaute einer Masse, die Blut geleckt hat, Rufe wie "Lyncht die Sau!" Und "Schlagt ihn tot!" Und "Kastriert das Judenschwein!" Im Tabakladen werden fast die Schaufenster eingedrückt, dann haben ihn ein paar wieder herausgeholt. Der Mob jöhlt, heult... Ein einzelner Ruf: "Nein! Nein! Wahnsinn ist das!" Der Rufer oder der, den man dafür hält, kriegt einen Faustschlag ins Gesicht. Er taumelt kaum, fällt nicht hin, denn von hinten drückt die Menge, sie will mitmischen, mitschlagen... Dieser Druck von hinten rettet dem vermeintlichen Dutschke das Leben: Die ersten in der Belziger Straße postierten Polizisten, die sich nicht von ihrem Platz rührten, sind erreicht. Jetzt müssen sie eingreifen. Zwei, drei tun es spontan, die anderen zögernd. Das Dutschke-Double, an den Haaren geschleift, getrampelt, bespuckt, zerschlagen, wird in einen Mannschaftswagen geschubst. Jetzt geraten die Polizisten in Gefahr. Das Fahrzeug kann nicht wenden, ist eingekellt von der tobenden, enttäuschten Menge. Die Scheiben werden zerschlagen, die Tür aufgerissen, ein Polizist herausgezerrt. Etwa zehn Meter weiter, noch immer abwartend, eine Polizeikette. Ein Journalist läuft zu den wartenden Polizisten: "Nun macht endlich was. Die verprügeln Eure eigenen Leute." Endlich wird der Befehl zum Einsatz gegeben. Auch einem zweiten Mannschaftswagen werden die Scheiben zertrümmert, zwei junge Leute werden schließlich abgeführt...

Der Mob bildet einen Demonstrationzug, der durch die Polizeiketten rennt, ein paar hundert kommen durch, die anderen werden abgetrennt. Und dann geschieht das Seltsame: Die Polizei stellt eine Motorrad-Eskorte für die wilden Demonstranten, ein Funkwagen fährt zeitweilig vorneweg. Sprechchöre werden laut: "Dutschke raus aus Westberlin" - "Nieder mit der Mauer" - "Berlin bleibt frei". Einmal wird der Ruf angestimmt "Dutschke ins KZ!" Doch nach einigen Minuten kehrt man wieder zu den alten Slogans zurück. Der unorganisierte Zug führt durch Nebenstraßen, es schließen sich keine Berliner an. Ältere Mitmarschierer werden schnell fußlahm. Am SDS-Zentrum kommt schließlich nur noch eine pubertäre Minderheit an: Mancher erst 15 oder 16 Jahre alt. Dort wartet die Polizei und auch die sozialistischen Studenten. Die SDS-Männer beginnen mit Diskussionen. Zuerst erleben die verhinderten Stürmer, daß man sie ernst genug nimmt, um mit ihnen zu reden. Die Diskussionen dauern lange und sind sicherlich auch nicht sehr niveauevoll, doch die Jungen merken selbst, daß ihre scheinbar so wirkungsvollen Argumente nicht viel wert sind. Nicht überzeugt, aber doch sehr nachdenklich trollen sie sich schließlich. Beim nächsten Sturm auf den SDS sind sie sicherlich nicht mehr dabei.

EXTRA-DOKUMENTATION

JOHANNES AGNOLI: ZUR AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION

Dr. Johannes Agnoli, zusammen mit Prof. Brückner Autor des Buches "Die Transformation der Demokratie", veröffentlichte in der Westberliner Studentenzeitschrift "Konkturen" einen Beitrag "Einige Bemerkungen über die Außerparlamentarische Opposition", der zum Selbstverständnis der demokratischen Opposition beizutragen in der Lage ist. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend Agnolis Beitrag.

"Die Unruhe hat schon die allerhöchste Stelle ergriffen: der Bundespräsident äußerte seine Besorgnis darüber, daß das von ihm international vertretene Volk sich für die Mängel des formal von ihm geführten Staates zu interessieren beginnt. Und nach dem Go-in

der Studenten in das Berliner Abgeordnetenhaus hatte sich auch innerhalb der außerparlamentarischen Opposition einige Unruhe gezeigt: wie verhält es sich mit dem Respekt vor dem Parlament, vor der Rechtsstaatlichkeit, vor der Demokratie?

Einige Erklärungen sind hier notwendig:

1. Außerparlamentarische Opposition ist grundsätzlich: in der Sache und im Begriff, nicht gleich antiparlamentarisch. Sie ist vielmehr die normale Form der Beteiligung unzufriedener Gruppen am politischen Leben gerade der parlamentarischen Demokratie, und zwar als Stütze und zugleich Verlängerung der Politik oppositioneller Parlamentsparteien. Sie stellt also die gesellschaftliche Potenzierung der Parlamentsfronten dar, freilich sofern diese vorhanden sind, das ist: sofern die Parlamentsfronten ihrerseits gesellschaftliche Fronten effektiv widerspiegeln.

2. Da gesellschaftliche Oppositionsgruppen und parlamentarische Vertretung sich nicht durchgängig decken, kann es jederzeit zu Konflikten zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition kommen (wie übrigens genau so gut zwischen Herrschaftsgruppen und Mehrheiten mit der jeweiligen Parlamentsmehrheit, praktisch mit der jeweiligen Regierung). Ein solcher Konflikt kann sich auf das ganze Parlament ausdehnen, wenn er zu Auseinandersetzungen zwischen Öffentlichkeit und Staatsorganen führt: In solchen, seltenen Fällen übt die Öffentlichkeit, als Gesamtopposition zu den Verfassungsorganen (zu denen auch die Parteien gehören) einen Druck aus, der durchaus als "Parlamentsnötigung" funktionieren kann. Beispiel: In der Spiegel-Affäre zwang nicht der Bundestag den Minister Strauß zum Rücktritt, sondern die mobilisierte Öffentlichkeit erzwang vom Bundestag die Distanzierung vom Minister und am Ende dessen unrühmlichen Abgang. Ein weiteres Beispiel von Parlamentsnötigung: in der Telefongebühren-Affäre wurde der Bundestag von der 'Bild-Zeitung' aus den Parlamentsferien zurück und praktisch 'einberufen'.

3. Es kann aber im Verlauf bestimmter politischer Prozesse zu einem Umschlag der außerparlamentarischen Opposition in einen offenen, antiparlamentarischen Kampf kommen. Daß die solcherart antiparlamentarisch gewordene Opposition als antidemokratisch bezeichnet wird, hängt teils mit der keineswegs gerechtfertigten Identifikation von Demokratie und parlamentarischem Formalismus zusammen, teils mit der Methode der Parlamentsparteien, sich selbst zu alleinigen Fundamenten des demokratischen Staats zu ernennen. Vielmehr: sofern Parlamente trotz demokratischer Wahlakte, aus denen sie hervorgehen, antidemokratisch funktionieren, muß der Kampf für die Demokratie in antiparlamentarischer Praxis geführt werden. Dies kann sich zuweilen auch auf Teilaspekte der Politik der Parlamentsparteien richten: ein Parlament muß als Ganzes krisisiert, im Falle der Passivität angegriffen werden, wenn z. B. sein Präsident öffentlich lügt, ohne dafür parlamentarisch zur Rechenschaft gezogen zu werden. Hier zeigt sich übrigens, daß der Umschlag ins Antiparlamentarische eng verknüpft ist mit dem Scheitern parlamentarischer Oppositionsparteien.

4. Ist die Involution des parlamentarischen Regierungssystems zur autoritären Herrschaftsform schon weit gediehen (wie etwa in der Bundesrepublik), so gewinnt die außerparlamentarische Opposition die neue Qualität, die sich aus dem Konflikt mit der neuen Qualität des Parlaments ergibt. Diese besteht - negativ - in dem Verlust an der auch verfassungsmäßig vorgesehenen Volksvertretungsqualität, an der Kontrollfunktion und an der Öffentlichkeitsfunktion; positiv besteht die neue Qualität in der Wandlung des Parlaments zu einem Repräsentationsorgan der Herrschaft. Das nicht mehr vertretene Volk, zumindest die nicht mehr vertretenen Gruppen und Klassen müssen um der Demokratie willen zur Selbsthilfe greifen. Es ist ihr Recht, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Wird das Parlament zu einem Instrument, dieses ihrer Rechte zu beschneiden, so bildet sich aus der außerparlamentarischen Opposition als Begleiterscheinung eines noch demokratisch sein könnenden Parlamentarismus das Gegengewicht zum antidemokratisch gewordenen Parlamentarismus.

5. Die Möglichkeiten der politischen Praxis sind für die außerparlamentarische Opposition von Gesellschaft zu Gesellschaft verschieden. Man denke an das Gewicht und an die Bedeutung der politischen Clubs in Frankreich, die sich inzwischen als anerkannte Geg-

ner und Gegenspieler der offiziellen Organe etabliert haben, und den Republikanischen Club in West-Berlin, der zuweilen von den Vertretern der offiziellen Organe (und von der offiziellen Pressemacht) als Organisator des 'Terrors' und - neuerdings - als Spionagezentrum bezeichnet wird. In vielen westlichen Ländern hat sich als Arbeitsprinzip der außerparlamentarischen Opposition durchgesetzt, in Zentralkampagnen solche politischen Ziele und Ideen zu vertreten, die in den Parlamenten kein Gehör finden oder von den Parlamenten bekämpft werden. Eine Zentralkampagne dürfte in der Zukunft sich mit der Anerkennung der DDR beschäftigen.

Solche Zentralkampagnen haben indessen eine Schwäche: sie propagieren allgemeine Ideen und können nur allgemeine politische Interessen ansprechen und mobilisieren. Sie werden nur dann erfolgreich sein und konkrete Gegenmacht gegen antidemokratische Involutions-tendenzen bilden, wenn sie sich mit der Vertretung materieller besonderer Interessen der Abhängigen verbinden. Auch hier geht der Weg der Idee zunächst den Weg der Bedürfnisse. Auch hier blamiert sich die Idee, wenn sie das Bündnis mit den materiellen Interessen scheut. Die Herrschenden scheinen dieses Verhältnis besser zu kennen als die 'Rebellen' von West-Berlin. Während einige Gruppen der außerparlamentarischen Opposition sich immer noch an Marcuses Thesen der Marginalgruppen orientieren und die Arbeiterschaft politisch abgeschrieben haben, erlangt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) für seine Investitionsbereitschaft, daß der West-Berliner Senat die Solidarisierung von Studenten und Arbeitern verhindere.

6. Und schließlich eine Bemerkung zu den Methoden der außerparlamentarischen Opposition. Gelingt es ihr, Massen in Bewegung zu setzen und dadurch zeit- und teilweise den Staatsapparat lahmzulegen oder zu irritieren, so wirft man ihr schnell vor, sie würde 'die Straße' mobilisieren. Der 'Druck der Straße' gerade auf frei gewählte Parlamente gilt bekanntlich als schweres Vergehen gegen Verfassung und Demokratie. Es fragt sich nur, wann ein Druck zulässig ist und akzeptabel erscheint. Jede Bevölkerungsgruppe muß mit den ihr eigenen Mitteln versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Schreibt die außerparlamentarische Opposition an den Regierenden Bürgermeister einen Brief, so wird sie nicht beachtet. Keine Beachtung finden Studenten, die durch Petitionen parlamentarische Behandlung und Verwirklichung der Hochschulreform verlangen. Beachtung und Beantwortung findet aber jederzeit ein Brief des Herrn Fritz Berg oder eine Eingabe des BDI. Politisch ist aber der Druck eines BDI-Briefes (im Grunde ein postalisches Go-in) auf das Abgeordnetenhaus von West-Berlin ungleich stärker und einschneidender als ein Go-in von einigen Dutzend Studenten und sonstigen 'Drahtziehern'. Es gehört mit zur Perfidie des Herrschaftsmechanismus, Druck der Oberschichten als noble Empfehlung, Druck von unten als pöbelhafte Nötigung auszugeben.

Der 'Druck der Straße' ist das legitime Mittel einer außerparlamentarischen Opposition, deren geschäftsordnungsmäßig korrekte Eingaben permanent im Papierkorb des Parlaments und der Regierung enden."

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland : DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-gesellschaft mbh bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: